



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/XI/187 - 16. August 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 690

Hinweise
auf den Inhalt:

Die 4-Monats-Note	S. 1
Nach der Katastrophe von Charleroi	S. 2
Bundeswehr und Brntehilfe	S. 4
Eine aufschlussreiche Meinungsbefragung	S. 6

Schwere Geburt

sp. wenn jetzt die Bundesregierung "von sich aus zum ersten Mal die Deutschlandfrage grundsätzlich anspricht," - wie man gesagt hat - so zeigt schon diese Tatsache für sich, wie widersinnig die Situation geworden ist, in der wir uns befinden. Von niemanden hätte in den ganzen vergangenen Jahren ein so dringendes Interesse an der internationalen Behandlung und Lösung dieser Frage bestehen müssen, wie für die Bundesrepublik, welche mit Recht für sich in Anspruch nimmt, Rechtsnachfolgerin des früheren ungeteilten Deutschlands zu sein. Damit hängt ja auch eng zusammen, dass in letzter Zeit immer häufiger das Unverständnis ausländischer Kreise über die Passivität der Bundesregierung auf diesem Gebiet sichtbar geworden ist.

Die Note soll in zwei bis drei Wochen der Sowjetunion zugestellt werden - übrigens auch den Westmächten, die also eine Note erhalten werden, über deren Inhalt mit ihnen monatelang verhandelt worden ist, womit die Selbstständigkeit dieser Initiative der Bundesregierung in einem etwas eigenartigen Licht erscheint. Denn es wird wieder keine westdeutsche, sondern eine Note der Westmächte sein, wie es schon so viele gegeben hat.

Sie soll nach den Mitteilungen eines Regierungssprechers zwölf bis fünfzehn Schreibmaschinenseiten umfassen. Diese Länge wurde von

16. 8. 1956

ihm, so unglaublich es ist, mit als ein Grund dafür angegeben, dass sich ihre Fertigstellung so lange verzögert habe. Da die Note zum ersten Mal Mitte April angekündigt worden war, hätte man nach naheliegender Umrechnung für jede Seite rund eine Woche gebraucht, wenn dieses Argument wirklich ernst gemeint war.

Die Arbeit muss aber recht schwierig gewesen sein. Vielleicht liegt die Erklärung dafür in dem weiteren Hinweis, der Entwurf sei "in einem nie abbreisenden Gedankenaustausch mit den drei Westmächten" zusammengestellt worden. Diese ständigen engen Kontakte zusammen mit der Dauer der Vorarbeiten lassen nicht gerade auf eine von Beginn an bestehende Übereinstimmung der Auffassungen schliessen, wie sie doch immer von der Bundesregierung behauptet worden ist.

Trotzdem werde die Note - so hört man - keine überraschenden neuen Nuancen enthalten. Das alles gibt gewiss kein klares und schon gar nicht ein zu besonders optimistischer Beurteilung der Aussichten dieser Aktion berechtigendes Bild. Denn wenn man in der festgefahrenen Situation in der Wiedervereinigungsfrage vorwärtskommen will, darf man sich nicht auf die Wiederholung altbekannter Ansichten beschränken, von denen man weiss, dass sie in eine Sackgasse geführt haben.

In der internationalen Diskussion der letzten Zeit hat es immerhin eine Reihe von Hinweisen gegeben, die auf eine gewisse Auflockerung auch westlicher Auffassungen hinzuweisen schienen, wie die erhebliche Kursabwertung der früheren Forderung nach der Zugehörigkeit ganz Deutschlands zur NATO. Es wäre sehr zu wünschen, dass solche Gedanken ihren Niederschlag auch in der Note finden, die nun Anfang September endlich fertiggestellt sein wird.

Ein internationales Unglück mit internationalen
Folgen

Aus Brüssel wird uns geschrieben:

Bei dem furchtbaren Bergwerkunglück im Kohlenrevier Charleroi handelt es sich nicht nur um eine innere belgische Angelegenheit. Diese Katastrophe geht alle Montanunionstaaten an, sie greift hinüber in das grosse Gebiet der Arbeiterwanderung innerhalb Europas, vor allem jenen Teil des Kontinentes, für dessen Integration sich nicht zuletzt belgische Politiker und in Brüssel ansässige internationale Organisationen gern in den Vordergrund drängen. Deshalb ist jetzt auch die Regierung in Brüssel von der Montanunion aufgefordert worden, mit ihr gemeinsam den Fall zu untersuchen.

Tatsache ist jedenfalls, dass das Land der Montanunion, dessen Kohlenwirtschaft die meisten ausländischer Untertagearbeiter beschäftigt, prozentual die meisten Grubenunglücke und die meisten Fälle von Arbeitsunfällen mit tödlichem Ausgang oder voller Invalidität aufweist. Ein holländisches Blatt wies darauf hin, dass es auf die Dauer unerträglich sei, dass Holland und Deutschland die Kohlenproduktion eines dritten Landes subventionieren, in dem von Jahr zu Jahr mehr Todesfälle beim Abbau der Kohle zu verzeichnen sind, und dass diese Subvention für Gruben verwandt wird, deren Produktion immer wieder durch Katastrophen lahmgelegt wird. Die italienische Presse griff die direkte Frage auf, dass man in einer Gemeinschaft gewisser Wirtschaftszweige, die sechs Staaten umfasst, die Sicherheit, den Unfallschutz und die mitbestimmende Gleichberechtigung der aus- und inländischen Arbeiter unbedingt sichern müsse.

In Belgien hat man in der sozialistischen Partei und in den Gewerkschaften, den sozialistischen wie christlichen, sich schon seit langer Zeit mit dem heiklen Problem der Struktur und der Arbeitsweise der Kohlenindustrie beschäftigt. Das Ausmass des neuen Grubenunglücks hat die Diskussion und die Forderungen erneut aktuell werden lassen. Das sozialistische Zentralorgan, der "Peuple", brachte aus der Feder seines Chefredakteurs unter dem bezeichnenden Titel "Wir wollen die Wahrheit wissen!" wohl den kritischsten Kommentar zur Katastrophe und die Stellungnahme des freien wie christlichen Gewerkschaftsbundes sind ein indirektes Misstrauensvotum gegen die Kohlen-

wirtschaftspolitik, die Belgien bisher getrieben hat.

Es ist auch sehr die Frage, ob die sozialistischen Minister mit der vom liberalen Wirtschaftsminister verlangten Vertröstung auf die gerichtliche Untersuchung (und wohlthätige Sammlungen) zufrieden sind, vor allem, ob sie diese Taktik auf die Dauer gegenüber ihrer Partei und den Gewerkschaften vertreten könnten. Der belgische Gewerkschaftsbund führt seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen die Unzahl der kleinen Grubengesellschaften, die im Grund nur durch die Subventionen der Regierung und der Ruhrkohle lebensfähig sind, wobei die Frage gestellt werden muss, wie weit diese Subventionen für recht gute Dividenden, wie weit wirklich für Modernisierungen und dazu solche der Sicherheitsvorkehrungen verwandt werden. Die ernsthaften Wirtschaftskenner in Belgien sind sich darüber einig, dass die belgische Kohlenwirtschaft einer durchgehenden Sanierung und Neuordnung bedarf. Die freien Gewerkschaften wollen dies durch eine Nationalisierung erreichen, die Christen scheuen davor zurück, um nicht dem Staat die Kosten der Abfindung der bisherigen Privatbesitzer aufzubürden und verlangen hauptsächlich eine Mitbestimmung nach deutschem Muster, auch in den staatlich zu fördernden Holdinggesellschaften.

International spielte diese Sanierungsfrage seinerzeit bei der Gründung der Montanunion eine Rolle. Dass der Montanvertrag nur in recht unzureichender Weise auf diese Notwendigkeit hinwies und den Gruben Hollands und Deutschlands die Kosten für Belgiens Rückständigkeit auferlegte, war seinerzeit einer der Hauptgründe für die Ablehnung des Montanunionsvertrages durch die deutschen Sozialisten. Mittlerweile sind die Verhältnisse in Belgien trotz der Millionen von Regierungs- und Ruhrgeldern (die letzten Endes der deutsche Steuerzahler getragen hat) und trotz des überaus grossen Entgegenkommens der Luxemburger Behörde gegenüber Belgien noch schlimmer geworden. Auch Italien leistet gewissermassen eine "Subvention" an den belgischen Kohlenbergbau dadurch, dass es seine Arbeiter in die Schächte schickt, in denen kein Belgier mehr arbeiten will. Die belgischen Gewerkschaften bemühen sich, ihre Arbeitszeitforderungen und sozialen Sicherungen, die sich auf nationaler Ebene nicht durchsetzen können, dadurch doch

zu erreichen, dass sie sie auf internationale Ebene verlagern, als Bedingungen der Montanunion oder etwa als Forderungen der Gewerkschaften der übrigen Montanunionländer bei der europäischen Regionalorganisation des IBFG.

Die letzten Beschlüsse der Hohen Behörde in Luxemburg, die dem Ausbau der Sicherheitsvorkehrungen für den europäischen Bergbau dienen, zeigen, dass auch sie selbst der Auffassung ist, dass hier Probleme auftauchen, die die Montanunion als solche angehen.

+ + +

Ein Barendienst für die Landwirtschaft

U.D. Das Bundesverteidigungsministerium teilte in diesen Tagen mit, es habe die ihm unterstellten Truppenkommandeure angewiesen, den Bitten der Landwirtschaft um Hilfe bei der Ernte so weit wie möglich stattzugeben. Diese Nachricht muss eine ganze Reihe von Bedenken hervorrufen. Zunächst ist ein landwirtschaftlicher Betrieb ein gewerbliches Unternehmen wie andere auch und damit den Spielregeln des Marktes und seiner Kalkulation ausgesetzt. Der Staat macht der übrigen Wirtschaft unlautere Konkurrenz, wenn er einzelnen Betrieben wahllos kostenfreie Arbeitskräfte zur Verfügung stellt. Warum - so könnte man fragen - schickt dann der Staat nicht auch Beamte seiner Finanzämter als Arbeiter in notleidende Betriebe des Zonenrandgebietes?

Der Landwirtschaft selbst aber wird mit solchen spontanen Hilfsaktionen einzelner Truppenkommandeure nur ein Barendienst erwiesen. Wichtig ist allein eine umfassende gesetzlich fundierte Hilfe für die Landwirtschaft durch gezielte und wohlberechnete Massnahmen, wie sie z.B. im "Grünen Plan" für strukturell benachteiligte Betriebe vorgesehen ist. Aber hierfür ist nie genug Geld vorhanden, weil viel zuviel für eine anachronistische Aufrüstung verbraucht wird. Bei der Unterstützung durch das Militär waltet allein das Gesetz der Willkür. Wo der Zufall eine Garnison hingelegt hat, werden die Bauernwirtschaften mit billigen Arbeitskräften subventioniert, wo es keine Soldaten gibt, müssen sie wirtschaften und kalkulieren wie andere Leute auch.

Natürlich wäre kein Wort zu verlieren, wenn es um den Einsatz der Soldaten bei echten Notständen ginge. Kein vernünftiger Mensch wird

es ablehnen, Militär oder auch Polizei bei Hochwasser, Brandkatastrophen oder anderen Naturereignissen unentgeltlich einzusetzen, wenn es gilt, wertvolle Güter vor der Vernichtung zu retten. Von den Überschwemmungen in Niedersachsen abgesehen, sind aber derartige Katastrophen in letzter Zeit nicht bekannt geworden. Und in der Verlautbarung des Bundesverteidigungsministeriums war von Notständen mit keinem Wort die Rede.

Wegen des "Mangels an landwirtschaftlichen Hilfskräften" hies es schlicht. So kommen wir zu der sozialpolitischen Seite, die noch bedenklicher ist als die wirtschaftspolitische. Seit Jahren kämpfen die Gewerkschaften für eine Aufbesserung der unvergleichlich niedrigeren Löhne der Landarbeiter. Nur dadurch, dass man die Löhne in der Landwirtschaft in ein erträgliches Verhältnis zu denen in der Industrie bringt, wird man dem Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern begegnen können. Nachdem sich aber schon die Anwerbung italienische Saisonarbeiter wegen des niedrigeren Lohnniveaus in Deutschland als ein Fehlschlag herausgestellt hat, soll jetzt die Bundeswehr helfen, die Löhne auch weiterhin niedrig zu halten.

In der Bundeswehr gibt es gegenwärtig nur Berufssoldaten. Jeder von ihnen hat sich aus freier Wahl entschlossen, den Beruf des Soldaten zu ergreifen, so wie andere Autoschlosser, Kaufmann oder vielleicht auch Landarbeiter werden. Die dem Soldaten als Staatsbediensteten vergleichbare Stellung ist die des Beamten. Jeder Bonner Ministerialbeamte würde sich mit Recht dagegen wehren, wollte man ihn zum Zuschuppen der Frostaufbrüche auf unseren Bundesstrassen abkommandieren (obwohl man hier vielleicht sogar von einem akuten Notstand sprechen könnte!). Von den Soldaten aber wird so etwas erwartet. Dabei ist es uns, das sei hier betont, völlig gleich, was der einzelne Soldat nach dem Dienst in seiner Freizeit tut - dem Verteidigungsminister wird das, hoffen wir, ebenfalls egal sein.

Schliesslich: Beim Streit um die Dauer der Wehrpflicht kämpfen der Verteidigungsminister und seine militärischen Berater mit Nachdruck für eine möglichst lange Dienstpflicht - mindestens 1 1/2, möglichst 2 Jahre. Man darf wohl die Frage stellen: Wieviel "Luft" für Ernteeinsätze usw. ist in den Ausbildungsplänen des Ministeriums eigentlich enthalten, die die Wehrpflichtigen 1 1/2 Jahre von ihren erlernten Beruf fernhalten sollen?

Eltern bevorzugen Gemeinschaftsschule

Dem Landesvorstand der SPD Bayern sind vor längerer Zeit Berichte zugegangen, nach denen in verschiedenen katholischen Volksschulen und Kinderhorten Beitrittserklärungen zur Katholischen Elternvereinigung an die Kinder verteilt wurden mit der Weisung, sie unterschrieben oder nicht unterschrieben wiederzubringen. Viele Eltern, die die Gemeinschaftsschule bejahen, haben diese Erklärung unterschrieben, um etwaigen Schwierigkeiten für sich und ihre Kinder zu entgehen. Der Landesvorstand der SPD hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass bei der Entscheidung Gemeinschafts- oder Bekenntnisschule eine geheime und vertrauliche Befragung ein ganz anderes Ergebnis haben würde. Das zeigt z.B. eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes EMNID bei einem repräsentativen Querschnitt der Eltern in Bayern, Hessen und im Rheinland. Die Befragung erfolgte jeweils kurz vor den Landtagswahlen. Die Bayerische Staatszeitung veröffentlichte das Ergebnis in einem Artikel ihrer Ausgabe vom 11.8. unter der Überschrift "Überraschende Elternmeinung", dem wir folgenden Auszug entnehmen:

"In Rheinland-Pfalz entschieden sich 47 von 100 befragten Eltern für die Konfessionsschule und 45 v.H. für die Gemeinschaftsschule. In diesem Lande sind also die Meinungen ungefähr ausgewogen. Dagegen sprachen sich in Bayern 70 v.H. der Eltern für die Gemeinschaftsschule mit Religionsunterricht, nur 24 v.H. für die katholischen bzw. protestantischen Konfessionsschulen und 8 v. H. für die Gemeinschaftsschulen ohne Religionsunterricht aus. In Hessen ziehen die Eltern noch stärker die Gemeinschaftsschule vor; dort sprachen sich nämlich 80 v.H. von ihnen für diese Schulform aus. Aus der Befragung des EMNID-Instituts geht weiter hervor, dass die Befürworter der Gemeinschaftsschule stärker in protestantischen als in katholischen Kreisen zu finden sind; in Bayern waren es beispielsweise nur Zehntel aller protestantischen und zwei Drittel aller katholischen befragten Eltern. In allen Ländern, in denen die Befragung durchgeführt wurde, ergab sich in Übrigen, dass die befragten Eltern in ihrer überwiegenden Mehrheit der Auffassung sind, sie und nicht der Staat hätten das erste Wort in Schulfragen zu sprechen.

Diese bemerkenswerte Untersuchung des Bielefelder Instituts steht in einem scharfen Gegensatz zu dem, was bisher bei den Schuleinschreibungen als Meinung der Eltern unseres Landes in der Frage Gemeinschafts- oder Konfessionsschule ermittelt wurde. Wo liegen die Ursachen dieses Unterschiedes? Zunächst wohl darin, dass es Eltern, die ihre wirkliche Meinung über die Schulfrage dem EMNID-Institut gegenüber vertraulich äussern, in der Praxis aus gesellschaftlichen Rücksichten anders entscheiden. Dann dürfte der Unterschied wohl auch daher rühren, dass die EMNID-Befragung jene Begleitfragen ausser Betracht liess, die bei der Entscheidung: Gemeinschafts- oder Bekenntnisschule, für die Eltern auftreten. So würde beispielsweise die Bevorzugung der Gemeinschaftsschule für viele Kinder, namentlich auf dem flachen Lande, bedeuten, dass sie wesentlich weitere Schulwege in Kauf nehmen müssten, eben weil es in Bayern in der Mehrheit Bekenntnis- und nur verhältnismässig wenige Gemeinschaftsschulen gibt. Schliesslich darf nicht übersehen werden, dass ein sehr erheblicher Teil der Bekenntnisschulen insofern de facto doch Gemeinschaftsschulen sind, weil sie von den Kindern beider Konfessionen besucht werden. Immerhin dürften Ergebnisse, wie sie die EM ID-Untersuchung hervorbrachte, bei den weiteren schulpolitischen Erörterungen eine Rolle spielen."

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau